



Antrag

der Fraktion der SPD

Maschinen an für den Schleswig-Holstein-Pakt: Jetzt in die Zukunft investieren – Kinderbetreuung, Bildung, Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung, Arbeitsplätze und Klimaschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag begrüßt die Anpassung der Schuldenbremse und das Sondervermögen Infrastruktur des Bundes. Die dringend notwendigen Mittel können helfen, Schleswig-Holsteins Zukunft zu sichern.

Der Landtag stellt fest, dass Schleswig-Holstein in zentralen Zukunftsfragen weiterhin hohen Investitionsbedarf hat. Bei Kinderbetreuung, Wohnungsbau, Bildung, Gesundheitsversorgung und Klimaschutz fällt das Land immer weiter selbst hinter die von der Landesregierung gesetzten Ziele zurück. Gleichzeitig spitzt sich die finanzielle Lage in den Kommunen zu. Viele Gemeinden, Städte und Kreise im Land sind kaum noch in der Lage, ihre eigenen Aufgaben zu finanzieren. Jetzt ist die historische Chance da, eine Investitionsoffensive für diese Bereiche zu starten. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, jetzt endlich die Idee eines Schleswig-Holstein-Pakts aufzugreifen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, für die Investitionen in den nachfolgenden Bereichen konkrete Konzepte vorzulegen:

- Schleswig-Holstein braucht verlässliche Kitas:

In den Kitas im Land fehlen Betreuungsplätze. Dadurch müssen Eltern ungewollt in Teilzeit arbeiten oder ganz zuhause bleiben. Wo Kita-Plätze fehlen, muss das Land bei der Schaffung neuer Plätze helfen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass allen Kindern in Schleswig-Holstein ein Kita-Platz zur Verfügung steht und die fehlenden Plätze zu schaffen.

- Schleswig-Holstein braucht mehr bezahlbaren Wohnraum:

Der Wohnungsbau ist dramatisch eingebrochen. Trotz Rekorden beim sozialen Wohnungsbau fallen in den kommenden Jahren weiterhin mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung, als neue hinzukommen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass jährlich insgesamt mindestens 15.000 Wohnungen gebaut werden und dabei perspektivisch der Wegfall an sozial gebundenem Wohnraum nicht nur kompensiert, sondern der Bestand wieder ausgebaut wird.

- Schleswig-Holstein braucht sanierte und moderne Schulen:

Viele Schulgebäude im Land sind marode. Das Recht auf Ganztags ab 2026 ist mit einem großen Investitionsbedarf verbunden. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass in den Schulen unter besten Bedingungen gearbeitet werden kann. Dafür müssen die Kommunen beim Schulbau stärker unterstützt und die Deckelung bei den Investitionen in den Ganztags gestrichen werden.

- Schleswig-Holsteins Krankenhäuser brauchen Sicherheit:

Den Krankenhäusern in Schleswig-Holstein geht es schlecht. Über Jahre wurde zu wenig investiert. Die Gesundheitsversorgung im Land durchläuft einen kalten Strukturwandel. Die Investitionslücke in den Krankenhäusern in Schleswig-Holstein wächst immer weiter. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Investitionslücke zu schließen, um eine flächendeckende stationäre Gesundheitsversorgung im Land zu erhalten und sie im Zuge der Umsetzung der Krankenhausreform des Bundes bedarfsgerecht und zukunftsfähig aufzustellen.

Für die ärztliche Versorgung im Land braucht es darüber hinaus ein Investitionsprogramm für medizinische Versorgungszentren (MVZ) in den Kommunen.

- Schleswig-Holsteins Transformation zur Klimaneutralität braucht einen Plan:

Schleswig-Holstein verfehlt seine Klima-Ziele. Der Weg zum ersten klimaneutralen Bundesland 2040 ist weiterhin unklar. Die Sorgen in der Bevölkerung hinsichtlich einer Bezahlbarkeit sind groß. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die gemeinsam vereinbarten Klimaziele auf einem sozial abgesicherten und industriepolitisch durchdachten Weg zu erreichen.

- Schleswig-Holstein braucht Sicherheit und Arbeitsplätze:

Die globalen Veränderungen stellen uns vor neue Herausforderungen. Eine Sensibilisierung, Aufklärung und Information der Bevölkerung sowie eine moderne und umfassende Ausstattung des Bevölkerungsschutzes ist unerlässlich. Fähigkeiten und Ausrüstung des schleswig-holsteinischen Krisenmanagements müssen auf Grundlage des 10-Punkte-Plan der Landesregierung zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes umfassend ertüchtigt werden.

Schleswig-Holstein ist ein idealer Standort, um die Branche der erneuerbaren Energien und der Klimaschutztechnologien, die digitale Wirtschaft und die wehrtechnische Industrie zu stärken. Dafür braucht es aber eine geeinte Struktur-

und Förderpolitik, die Arbeitsplätze sichert und neue schafft. Gleichzeitig leisten die Investitionen einen Beitrag für unsere Sicherheit.

Schleswig-Holstein ist ebenfalls ein idealer Standort für energieintensive Unternehmen. Hierfür braucht es eine kohärente Ansiedlungspolitik des Landes. Hierbei darf die Wettbewerbssituation bestehender Unternehmen aus Industrie, Mittelstand und Handwerk sowie selbstständig Tätiger nicht aus dem Blick geraten. Gezielte Investitionen in Infrastrukturen sind auch Investitionen in die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein und dient letztlich der Arbeitsplatzsicherheit.

Für die Erreichung dieser Ziele sind zusätzliche Investitionen notwendig, die über das Bundes-Sondervermögen Infrastruktur und die Anpassung der Schuldenbremse allein nicht zu bewältigen sind. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine umfassende Reform der Schuldenbremse auf Bundesebene einzusetzen, die mehr Investitionen und Krisenprävention ermöglicht, um Schleswig-Holstein zukunftsfest aufzustellen.

Begründung:

Bereits im Januar 2024 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag über einen Schleswig-Holstein-Pakt debattiert. Die drängenden Herausforderungen, vor denen Schleswig-Holstein in den zentralen Zukunftsfragen von Kinderbetreuung, Wohnungsbau, Bildung, Gesundheitsversorgung und Klimaschutz steht, bestehen weiterhin. Die Finanzlage in den Kommunen hat sich zunehmend verschlechtert.

Allein 15,68 Mrd. Euro Investitionsbedarf bis 2040 beziffert der Infrastrukturbericht der Landesregierung, von denen 6,1 Mrd. noch nicht in der Finanzplanung der Landesregierung gedeckt sind. Rein kommunale Investitionen sind darin außerdem nicht enthalten.

Die Anpassung der Schuldenbremse und das Sondervermögen Infrastruktur werden die finanziellen Rahmenbedingungen für das Land Schleswig-Holstein verbessern. Sie bedeuten eine historische Chance für unser Land.

Wenn die zusätzlichen Finanzmittel im Land Schleswig-Holstein richtig investiert werden, kann unser Wohlstand insgesamt wachsen:

- Eltern, deren Kinder eine gute Betreuung und frühkindliche Bildung erfahren, können dem Arbeitsmarkt potentiell mit voller Kraft zur Verfügung stehen. Das ist gerade angesichts des Fachkräftemangels eine wichtige Voraussetzung zu dessen Lösung.
- Das Gelingen des Ganztags ab 2026 ist ein Lackmus-Test für unser Bildungssystem. Vom Funktionieren hängt nicht zuletzt das Vertrauen der Familien in den Staat ab.
- Der Arbeitsmarkt braucht Arbeitskräfte, die vor Ort auf eine funktionierende Infrastruktur und bezahlbaren Wohnraum treffen.
- Die Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt ziehen weitere soziale Folgekosten nach sich, die vermieden werden müssen.

- Um die Kosten für die Gesundheitsversorgung langfristig bezahlbar zu halten, ist eine qualitative, nahe und schnelle Versorgung und Prävention dringend notwendig.

Alle genannten Argumente ziehen noch höhere Kosten für unser Land nach sich, wenn die notwendigen Investitionen nicht getätigt oder weiter verzögert werden.

Dies gilt in besonderem Maße, wenn wir die selbst festgelegten Klimaschutzziele verfehlen. Die Kosten für die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels wären gewaltig.

Alle in diesem Antrag dargelegten Investitionen werden sich langfristig auszahlen und die Einnahmehasis der öffentlichen Haushalte von Schleswig-Holstein erhöhen. Dem Landeshaushalt entgehen um ein Vielfaches höhere Einnahmen in der Zukunft, wenn das Land die notwendigen Investitionen nicht tätigt. Deshalb ist die neue Chance für den Schleswig-Holstein-Pakt ein entscheidender Schritt zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Serpil Midyatli

und Fraktion

Beate Raudies